



HESSISCHER LANDTAG

29. 03. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Unterstützung für geflüchtete, ukrainische Kinder – das Land muss die Rahmenbedingungen für Kommunen und Kitaträger verbessern

Die Situation in den hessischen Kitas spitzt sich weiterhin zu. Der ohnehin schon bekannte Fachkräftemangel hat sich durch die Corona-Pandemie verschärft. Das Infektionsgeschehen führt zu Einschränkungen oder gar Schließungen von Einrichtungen. Vielerorts gibt es keine Nachmittagsbetreuung mehr. Mit der Aufnahme ukrainischer Kinder kommen nun weitere Herausforderungen auf die Kommunen bzw. die Träger von Kindertageseinrichtungen zu. Um eine rasche Lösung im Sinne der Kinder zu gewährleisten, braucht es dringend die Unterstützung des Landes. Jetzt gilt es, auch aus Gründen der Traumabewältigung und einer guten Integration, landesweite Rahmenbedingungen zu schaffen, um lange Wartezeiten zu vermeiden und Kindern so schnell wie möglich einen geordneten Alltag zu bieten.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, den Kommunen umfangreiche Hilfestellungen anzubieten, um schneller und besser auf die logistischen, sozialen und finanziellen Herausforderungen durch die Aufnahme ukrainischer Kinder reagieren zu können und zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen. Insbesondere bedarf es landesrechtlicher Vorgaben zur befristeten Umsetzung des Fachkräfteschlüssels sowie zur deutlichen Erleichterung bei der Erteilung der Betriebserlaubnis.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass jede Form der Unterstützung gewährleistet sein muss, um den geflüchteten Kindern dabei zu helfen, ihre Kriegserfahrung zu verarbeiten und durch das Spielen mit gleichaltrigen Kindern die schwierige Situation zu bewältigen. Dafür muss die Landesregierung einen Stufenplan zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Liga der Freien Wohlfahrtspflege entwickeln. Es müssen zunächst niedrigschwellige Spiel- und Betreuungsangebote geschaffen werden, in die auch die Erziehungsberechtigten der Kinder einbezogen werden können. Um zeitnah in einem weiteren Schritt eine Betreuung in den Kindertagesstätten gewährleisten zu können, müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf das Personal, die Räume, die Finanzierung und die weiteren Voraussetzungen geschaffen werden.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen ressortübergreifenden Planungstab einzurichten, in dem neben den kommunalen Spitzenverbänden auch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege vertreten ist. Aufgabe des Planungstabs soll unter anderem sein, den Übergang von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten bis hin zur vollständigen Integration in den Regelbetrieb der Kindertagesstätten zu erstellen.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein transparentes und beschleunigtes Anerkennungsverfahren von Erzieherinnen und Erziehern und weiteren sozialpädagogischen Fachkräften durchzuführen. Die Fachkräfte, die jetzt aus der Ukraine kommen und die Sprache und Erfahrungen der Kinder teilen, werden dringend benötigt und müssen zeitnah und unbürokratisch zugelassen werden.
5. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, für eine Verbesserung der Personalsituation durch Einrichtung eines Fachkräftepools wie in der Pflege Sorge zu tragen. Auf einen solchen Fachkräftepool könnten Kitas bei Personalengpässen zugreifen. Zudem sollte geprüft werden, inwieweit in Ausbildung befindliche Schülerinnen und Schüler durch einen Einsatz in den niedrigschwelligen Angeboten Praxiserfahrungen sammeln und damit zu dem schnellen Aufbau von Betreuungsangeboten beitragen können.

6. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, für den Einsatz von Alltagshelferinnen und Alltagshelfern in der aktuellen Situation eine Rechtsgrundlage zu schaffen, damit diese Unterstützungsleistung in den Kitas nicht durch den Wegfall des Infektionsschutzgesetzes ausläuft.

Wiesbaden, 29. März 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph